



UVNord Postfach 9 10 24758 Rendsburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Barbara Ostmeier, Vorsitzende
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Hauptgeschäftsführer
Michael Thomas Fröhlich

Telefon 04331 1420-43
Telefax 04331 1420-50
E-Mail froehlich@uvnord.de

Rendsburg, 23.12.2014
Fr./Ch.

Stellungnahme von UVNord

a) Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2160

b) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung – Drucksache 18/2190

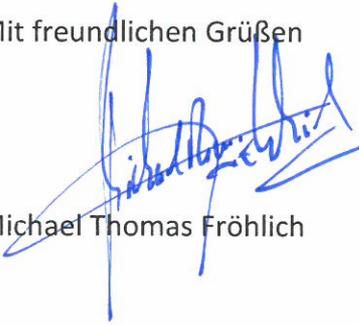
Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU und zum Bericht der Landesregierung (Drucksachen 18/2160 und 18/2190) nehmen wir kurz wie folgt Stellung:

1. Für Schleswig-Holsteins Arbeitgeber ist es ein Selbstverständnis, dass diejenigen, die in Wirtschaft und Gesellschaft integriert werden sollen, auch menschenwürdig untergebracht werden müssen. Hier ist das Land aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunen über Lösungen zu verhandeln.

2. Trotz der in diesem Jahr stabilen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nehmen wir die Herausforderungen angesichts zunehmender Fachkräfteengpässe ernst. Mit anderen Worten: Wir müssen künftig nicht nur alle inländischen Potentiale für Qualifikation und Beschäftigung erschließen, sondern auch im Ausland gezielt um weitere Fachkräfte werben.
3. In diesem Zusammenhang ist es als erfreulich anzusehen, dass es eine immer mehr verbesserte Integration von Zuwanderern aus Nicht-EU-Staaten in den Arbeitsmarkt gibt. Erfreulich ist dahingehend auch der Umstand zu werten, dass viele dieser Zuwanderer ein höheres Bildungsniveau mitbringen als vergleichbare bisherige Wettbewerber auf dem Arbeitsmarkt.
4. Nicht nur Zuwanderung, sondern auch die Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern kann einen erheblichen Beitrag zur Innovation, Wachstum und Wohlstand leisten. Diese Chance gilt es aktiv zu nutzen. Das bedeutet, dass es nicht allein reicht, das bislang recht komplizierte Zuwanderungsrecht nur zu ändern und es sichtbarer zu machen - auch wenn zugegebenermaßen der Gesetzgeber hier in den letzten Monaten sehr gut vorangekommen ist. Wichtig ist vor allem, dass ein Wandel erfolgt zu einer echten Willkommenskultur, die auch glaubhaft und glaubwürdig in ihrer Umsetzung gelebt wird. Dazu bedarf es eines Mentalitätswechsels in Unternehmen und Gesellschaft, aber auch bei den zuständigen Verwaltungen und Behörden, den die Betroffenen als freundliche und offene Aufnahme spüren sollten.
5. Die in den letzten Monaten von der Landesregierung unternommenen Maßnahmen, wie die verbesserte Unterbringung in Neumünster, möchten wir durchaus positiv in diesem Zusammenhang erwähnen.

Mit freundlichen Grüßen


Michael Thomas Fröhlich